



## WIE UMGEHEN MIT DER AFD?

Die Alternative für Deutschland (AfD) ist in zahlreiche Landtage eingezogen und seit der letzten Bundestagswahl auch im parlamentarischen Berliner Alltag angekommen. Für die etablierten Parlamentarier, aber auch für Verbandsvertreter stellt sich nun die Frage, welchen Umgang sie mit der AfD pflegen sollen. Zumal die AfD um Kontaktaufnahme wirbt.

Hubert Koch

Zunehmend häufiger werde ich im Rahmen meiner Beratungsmandate von Verbandspräsidenten und Geschäftsführern gefragt, wie sie mit der AfD umgehen sollen. Dies geschieht zum Teil aus eigenem Antrieb, zum Teil aber auch, weil Verbände derzeit offensiv von der Bundestagsfraktion der AfD kontaktiert werden. Dabei bieten die Absender der Schreiben, Funktionsträger in der Fraktion, den Verbänden an, Kontakte zu den Fachpolitikern, aber auch zur Fraktionsführung herzustellen. Zitat aus der Mail mit dem Absender [verbaende@afdbundestag.de](mailto:verbaende@afdbundestag.de): „Gerne möchten wir uns Ihnen auf diesem direkten Weg als ersten Ansprechpartner der AfD-Bundestagsfraktion für Ihre etwaigen politischen, sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Anliegen vorstellen.“

Diese proaktive Kontaktaufnahme seitens einer Fraktion stellt ein absolutes Novum dar. Noch nie in meiner nunmehr über dreißigjährigen Tätigkeit als Lobbyist für Verbände habe ich eine Kontaktaufnahme dieser Art erlebt. Immer sonst suchen die Verbände den Dialog mit politischen Entscheidern – nicht umgekehrt.

Was rate ich jetzt den Verbänden? Vor dem Einzug der AfD in den Deutschen Bundestag und in wichtige Landesparlamente war meine Position klar und vergleichsweise einfach. Ich habe von Kontakten mit AfD-Politikern grundsätzlich abgeraten. Die Begründung war dreigeteilt. Erstens handelte es sich um eine Partei, die nicht durch den Wähler autorisiert war und keine demokratische Legitimation durch Wahlen hatte. Zweitens war die politische Positionierung in vielen Bereichen nicht nur national-konservativ, sondern offen nationalistisch-fremdenfeindlich mit erkennbarer Nähe zur Naziideologie. Und drittens zeigten (und zeigen) die AfD Abgeordneten in den Parlamenten, in denen sie schon waren, wenig bis kein Interesse an der Sacharbeit. Während sie in den Ausschüssen kaum Engagement entwickelten und wenig Wirkung erzeugten, nutzten sie lediglich die fernsehöffentlichen Plenar-

debatten, um grundsätzliche Systemkritik zu üben und die von ihnen sogenannten „Altparteien“ zu kritisieren und zu diskreditieren.

Die Situation hat sich seit der Bundestagswahl und dem Einzug der AfD in nunmehr alle 16 Landesparlamente geändert. Damit ist die AfD zum festen Faktor in der deutschen Politik geworden. Auch hat die Partei gute Chancen, bei den Europawahlen am 26. Mai 2019 mit einer nennenswerten Zahl von Abgeordneten in das Europäische Parlament einzuziehen.

Abgeordnete, die aus freien, direkten und geheimen Wahlen heraus Mandate gewonnen haben, verfügen über eine demokratische Legitimation. Was die Fach- und Sacharbeit betrifft, besteht die oben formulierte Kritik weiter, allerdings mit Abschwächungen. AfD-Abgeordnete beginnen, sich langsam auch in Sachfragen zu engagieren und zu positionieren. Völlig unverändert ist hingegen die politische Ausrichtung eines Teils der AfD auf der extremen rechten Seite, ablesbar an der Wahl von Björn Höcke zum Spitzenkandidaten der thüringischen AfD für die kommende Landtagswahl am 27. Oktober 2019.

Deshalb beantworte ich die Frage meiner Verbandskunden heute differenzierter. Ich rate nicht mehr zum vollständigen Ignorieren, aber auch nicht zur Aufgabe jeglicher Distanz. Verbände können und sollten dann mit gewählten AfD Abgeordneten den Kontakt suchen, wenn diese über Funktionen (Ausschussvorsitzende, Arbeitsgruppensprecher, Berichterstatter etc.) einen Bezug zum Verband haben und an inhaltlicher Zusammenarbeit interessiert sind. Dabei empfehle ich dies jedoch nicht pauschal, sondern rate, sich vorher mit der Person, ihrer Biografie, Geschichte und politischen Positionierung genau zu befassen und dann zu entscheiden, ob der jeweils in Frage stehende Ansprechpartner eine hinreichende demokratische Legitimation hat. Und schließlich empfehle ich, nach Aufbau einer entsprechenden Vertrauensbasis, den Gesprächspartnern gegenüber die von den

Rechtsaußen der Partei formulierten Positionen aktiv zu kritisieren. Weitergehend rate ich, mit aller gebotenen Zurückhaltung und Diplomatie, das Ziehen roter Linien auf der rechten Seite zu fordern mit dem Hinweis darauf, dass die Partei politisch nur integrations- und diskursfähig wird, wenn sie über eine unzweifelhafte demokratische und pluralistische Ausrichtung verfügt.

Auch wenn der Parteivorsitzende Alexander Gauland in seinen Gedankenspielen zu einer möglichen Koalition der AfD mit der CDU diese von Veränderungen bei der Union abhängig macht, muss den Verantwortlichen in der AfD klar sein, dass klare Trennlinien nach rechts in ihrer Partei über die künftige Regierungsfähigkeit entscheiden. ■

## AUTOR

### DR. HUBERT KOCH M.A.



ist Public-Affairs-Experte und Lobbyist, steht Verbänden im Bereich der politischen Kommunikation zur Verfügung. Als Lobby-Coach optimiert er die Kompetenz von haupt- und ehrenamtlichen Verbandsre-

präsentanten für den Dialog mit der Politik. Mit der Dr. Koch Consulting e. K. unterstützt er Verbände bei der Entwicklung und Durchführung von Lobbyprojekten auf nationaler und europäischer Ebene. Mit der Dr. Koch Hauptstadtbüros GmbH & Co. KG führt er für Verbände Hauptstadtbüros am Sitz der Bundesregierung in Berlin und organisiert ein professionelles Monitoring der politischen Entwicklungen. Dr. Koch, der selbst zehn Jahre Hauptgeschäftsführer und Mitglied des Präsidiums eines Industrieverbandes war, ist langjähriges Mitglied der DGVM.

#### Dr. Koch Consulting e. K.

Unter den Linden 10

10117 Berlin

Telefon: (030) 60 98 83 940

→ [sekretariat@koch-consulting.de](mailto:sekretariat@koch-consulting.de)

→ [www.koch-consulting.de](http://www.koch-consulting.de)

→ [www.lobby-coach.de](http://www.lobby-coach.de)

→ [www.hauptstadtbueros.de](http://www.hauptstadtbueros.de)